

„In Umfragen stehen Umwelt und Klima weit oben, aber wenn es konkret wird, hört die Freundschaft auf.“

Muhterem Aras

„Gesellschaftlicher Fortschritt ist nicht von Mehrheiten abhängig – sondern von besonders engagierten Minderheiten.“

Richard David Precht

# DEMOKRATIE DER ZUKUNFT

Baden-Württembergs Landtagspräsidentin Muhterem Aras und der Philosoph Richard David Precht diskutieren, ob die Demokratie den Herausforderungen unserer Zeit gewachsen ist – und wie sie sich in Zeiten von Klimakrise und sozialer Spaltung stärken ließe

Interview Teresa Kraft und Thomas Merten

greenpeace magazin 5.21

MUHTEREM ARAS Ja, sehr genau, weil sie für mich etwas ganz Besonderes war. Ich bin mit zwölf Jahren nach Deutschland gekommen, habe meine Staatsangehörigkeit aber erst mit 28 bekommen, im Januar 1994. Es war ein Superwahljahr mit Kommunal-, Europa- und Bundestagswahl. Endlich wählen zu dürfen und dann gleich so geballt, das war wie Weihnachten und Ostern zusammen. Bis heute zelebriere ich das: Ich ziehe mich immer richtig chic an, und dann gehen mein Mann und ich ins Wahllokal.

RICHARD DAVID PRECHT Bei mir war die erste Wahl im März 1983, ich weiß auch noch, wen ich gewählt habe: die Grünen. Ich habe mich als Helfer gemeldet und den ganzen Tag im Wahllokal miterlebt, weil ich das so aufregend fand. Aber ich stamme auch aus einem Elternhaus, in dem politisches und gesellschaftliches Engagement das Selbstverständlichste der Welt war. Als ich fünf Jahre alt war, haben meine Eltern zwei Kinder aus Vietnam adoptiert. Für eine bessere Welt kämpfen, für mehr Gerechtigkeit, später auch verstärkt für die Umwelt – ich kenne gar nichts anderes.

ARAS Bei mir hängt es auch mit der Biografie zusammen. Ich bin kurdischer Abstammung und gehöre der alevitischen Religionsgemeinschaft an, auch wenn ich den Glauben nicht praktiziere. In der Türkei sind das Nachteile, die Aleviten leiden heute noch unter staatlichen Repressalien. Dann kam ich nach Deutschland – und plötzlich war es kein Verbrechen mehr, nicht zu fasten, kein Kopftuch zu tragen, nicht in die Moschee zu gehen. Ein Paradies, dachte ich, für Frauen und Minderheiten. Doch dann wurden Flüchtlingsunterkünfte angezündet, und ich habe mich nicht mehr getraut, abends rauszugehen. Aber ich wollte mir die Freiheiten nicht wegnehmen lassen. Ich wollte Verantwortung übernehmen und mich engagieren. Seitdem bin ich bei den Grünen.

Wir sprechen hier offenbar mit glühenden Fans der Demokratie. Derzeit erzeugen Klimakrise, Ungerechtigkeit und Rechtspopulismus einen enormen Handlungsdruck. Ist das parlamentarische System dem gewachsen?

PRECHT Das frage ich mich auch oft. Aber mir fällt ehrlich gesagt nichts dazu ein, wie man es stärken könnte. Ausgeloste Abgeordnete, mehr direkte Demokratie, Abstimmungen übers Internet – keiner dieser Vorschläge überzeugt mich. Und wir stehen vor riesigen gesellschaftlichen Veränderungen: Wir müssen zwei Revolutionen gleichzeitig stemmen, die digitale und die der Nachhaltigkeit. Unsere Gesellschaft wird eine völlig andere sein, wie nach der ersten industriellen Revolution – die brachte letztlich das Ende der Herrschaft von Adel und Kirche, Aufklärungswerte haben sich durchgesetzt. Jetzt ist der Umbruch genauso groß. Und die zentralen Fragen werden nicht die der parlamentarischen Demokratie oder des Wahlsystems sein. Da geht es um ganz andere Dinge.

ARAS Ich bin beruhigt, dass Sie diese Vorschläge skeptisch sehen, denn ich bin eine absolute Verfechterin unserer parlamentarischen Demokratie. Natürlich denke ich manchmal: Warum kommen wir nicht schneller voran? Warum trauen wir uns da zu wenig? Aber im Großen und Ganzen funktioniert unsere Demokratie sehr gut. Trotzdem müssen wir überlegen, ob wir sie ergänzen können, mit Bürgerräten zum Beispiel.

PRECHT Ich bin kein Fan von Räten, Gremien und Kommissionen. Wer engagiert sich denn da? Sie können davon ausgehen: In Sachsen-Anhalt etwa wäre das ein Forum für Nazis, weil die den stärksten Willen haben, sich einzubringen. Dann folgen die üblichen Verrückten mit Geltungsbedürfnis, dann Leute mit humanistischen Idealen, die nicht daran denken, wie man die umsetzt.

ARAS Ich habe schon ein Bürgerforum initiiert. Darin saßen zufällig ausgewählte Menschen, ein Querschnitt aus der Gesellschaft. Es ging um ein Gesetz zu den Altersbezügen der Abgeordneten, ein öffentlich sehr aufgeladenes Thema. Das Bürgerforum nahm sich viel Zeit, begleitet von neutralen Experten. Es war klar, dass am Ende das Parlament entscheiden würde. Aber die gewählten Volksvertreter sind letztlich der Empfehlung des Bürgerforums gefolgt.

PRECHT Die Altersbezüge von Abgeordneten sind unter den 1000 wichtigsten Fragen dieser Republik vielleicht auf Platz 999. Ich meine, wir haben groß eröffnet: Ist unsere Demokratie effektiv genug? Da ist ein Bürgerrat kein ernst zu nehmendes Hilfsmittel, da ist es Folklore. Damit Sie mich richtig verstehen: Ich finde es gut, dass Sie das Bürgerforum gemacht haben. Aber wir können von diesem Mittel keine maßgebliche Hilfe bei den großen gesellschaftlichen Herausforderungen erwarten.

ARAS Folklore? Das weise ich vehement zurück. Es war zwar etwas vermeintlich Kleines, aber es hat zu mehr Vertrauen in die demokratischen Institutionen geführt. Denn als das Gesetz verabschiedet worden war, gab es erst einen Aufschrei: Was ist das für ein Parlament, das still und heimlich über eigene Angelegenheiten entscheidet? Insofern war es eine Stärkung des Parlamentarismus, denn letztlich wurde das Gesetz wieder zurückgenommen.

PRECHT Wenn es um wirklich große Fragen ginge, würde man aber keinen Bürgerrat fragen oder sich im Zweifel nicht an dessen Entscheidungen halten. Fragen wie die, was wir in Zukunft noch dürfen – ich kann mir nicht vorstellen, dass ein zusammengeloster Bürgerinnenrat entscheidet, ob wir noch mit SUVs durch die Städte fahren dürfen. Wir können diese Fragen nicht auslagern.

ARAS Die Verantwortung muss natürlich bei den Parlamenten liegen. Wir werden gewählt, um die Politik in eine bestimmte Richtung zu lenken. Ich wünsche mir nur mehr Weitblick, über die vier oder fünf Jahre einer Legislaturperiode hinaus. Nur dann kommen wir in den Grundsatzfragen weiter.



greenpeace magazin 5.21 Foto: imago images/ZUMA Press/xSachellexBabbarx

„Freiheit hat ihre Grenze dort, wo die Freiheit und Würde anderer verletzt werden. Da muss man klare Kante zeigen.“

## Muhterem Aras

Die Politikerin ist Steuerberaterin mit eigener Kanzlei – ihre Mutter durfte als Mädchen in Anatolien nicht einmal die Schule besuchen. Sie hat zwei Kinder und sitzt seit 2011 im baden-württembergischen Parlament; 2016 wurde sie zu dessen Präsidentin gewählt, als auch die AfD in den Landtag einzog. 2019 hat sie das Buch „Heimat. Kann die weg?“ veröffentlicht.



„Wie optimistisch wir sein können, wird sich danach bemessen, nach welchen Ämtern die Grünen greifen.“

## Richard David Precht

Deutschlands populärster Philosoph spricht und schreibt über gesellschaftliche Utopien und Umbrüche – seine Bücher, etwa über künstliche Intelligenz, Selbstfindung und Tierrechte, wurden zu Bestsellern. Der 64-Jährige ist Vater eines Sohnes und lehrt als Professor an der Leuphana-Universität in Lüneburg. Zuletzt erschien „Von der Pflicht“, eine Betrachtung der Politik in pandemischen Zeiten.

**PRECHT** Da kommen wir überein, das ist die einzige technische Demokratieveränderung, die mir einfällt. Es wäre besser, wenn die Legislaturperiode nicht vier Jahre wäre, sondern sechs – und man nicht wiedergewählt werden könnte. Dann fängt man nicht schon zwei oder drei Jahre vor der Wahl an, Dinge nicht zu tun, aus Angst, sich unbeliebt zu machen. Ich habe ein Problem mit dieser ewigen Wählerei. Wir stehen immer vor einer Wahl, in Bund, Ländern oder Kommunen. Deshalb werden viele Entscheidungen nicht gefällt. Warum können nicht alle Kommunalwahlen zum selben Zeitpunkt stattfinden und alle Landtagswahlen auch?

**ARAS** Ich höre die Idee zum ersten Mal und finde sie nicht schlecht. Die Legislaturperiode für den Bundestag finde ich mit vier Jahren eindeutig zu kurz. Entscheidend ist, das sage ich jetzt einmal so offen, was man in den ersten zwei, drei Jahren macht. Danach verlangsamt sich schon alles.

Denken Sie, so könnten unpopuläre Entscheidungen leichter Mehrheiten finden?

**ARAS** Ich bin froh, dass man hierzulande meist Koalitionen braucht, so nimmt man eine breitere gesellschaftliche Basis mit. In Umfragen stehen Umwelt und Klima ganz weit oben, aber wenn es konkret wird, hört die Freundschaft auf. Wir Grüne bekommen dafür an der Wahlurne oft die Quittung. Die Kommunikation ist entscheidend, man muss seine Schritte verständlich machen. Denn wenn man Klimaschutz ernst nimmt, muss man so ehrlich sein und sagen: Es wird keinen Bereich geben, der nicht betroffen ist.

**PRECHT** Die Kommunikation ist nicht das Hauptproblem. Ich vermisste das richtige Zusammenspiel aus Öko- und Sozialpolitik. Der ökologische Umbau funktioniert nicht ohne bedingungsloses Grundeinkommen, wenn Leute mit wenig Geld nicht benachteiligt werden sollen.

**ARAS** Sie haben recht. Ökonomie, Ökologie und soziale Gerechtigkeit kann man nicht trennen.

**PRECHT** Das ist mir bei den Grünen aber nicht radikal genug. Die Ernsthaftigkeit der Herausforderung wird immer abgeschwächt. Mit der Taktik war man erfolgreich, und die anderen Parteien machen das ja auch so: Es bleibt alles beim Alten, nur wird es grüner und gendergerecht. Aber das stimmt nicht. Nur wenn am Ende die Leute mit wenig Geld in der Tasche besser leben als vorher, muss man sich auch vor der AfD nicht fürchten.

Wie gefährdet sehen Sie denn die Demokratie durch die AfD, mit der Sie, Frau Aras, täglich im Landtag zu tun haben?

**ARAS** Ich will nicht sagen, dass die Demokratie durch sie in Gefahr ist, aber wir müssen wachsam sein. In den Parlamenten

sitzen – demokratisch gewählt – Menschen, die das System von innen aushöhlen wollen. Die versuchen, mit Provokationen die Demokratie zu torpedieren und ins Lächerliche zu ziehen. Da muss die Demokratie sich wehrhaft zeigen.

Und wie soll die Demokratie das tun?

**ARAS** Ich habe keine Patentlösung, es ist ein Lernprozess. In der letzten Legislaturperiode habe ich als Landtagspräsidentin vieles erlebt – ich musste Abgeordnete des Saals verweisen und die Polizei holen, um sie rausbringen zu lassen. Man muss dagegenhalten. Im Netz geht es weiter. Seit dem Mord an Walter Lübcke zeigen wir jede Hassmail an, die nach Ansicht unserer Juristen einen Straftatbestand erfüllt. Das ist langwierig und aufwendig, aber ein wichtiges Signal. Unsere liberale Demokratie hat wirklich weite Grenzen und es ist sehr viel erlaubt. Aber Freiheit endet dort, wo die Freiheit und Würde anderer verletzt werden. Da muss man klare Kante zeigen. Bisher haben wir in 95 Fällen Anzeige erstattet.

**PRECHT** Ich würde die Anonymisierung im Netz aufheben. Es kann ja nicht sein, dass man in einem semi-rechtsfreien Raum Leute bedrohen und Hass ausschütten kann, ohne dafür verantwortlich gemacht zu werden. Das ist ein Riesenfehler im System.

**ARAS** Da stimme ich Ihnen voll zu. Diese ganzen Prozesse kann ich auch nur anstrengen, weil ich als Landtagspräsidentin die entsprechende Unterstützung habe.

Auch für das Klima wird vermehrt juristisch gestritten. Das Bundesverfassungsgericht hat Ende Mai dazu geurteilt. Läuft nicht etwas schief, wenn man sein Recht auf Zukunft vor Gericht einklagen muss?

**PRECHT** Das Verfassungsgerichtsurteil ist uneingeschränkt positiv und es hat klargemacht: Wenn wir weiter diesen Lebensstil pflegen, verfrühstücken wir die Erde auf Kosten aller künftigen Generationen. Der Grundsatz des Liberalismus – so viel Freiheit wie möglich, ohne dass die Freiheit anderer eingeschränkt wird – schließt auch die Zukunft ein: Dieser Satz ist wegweisend, und ich hoffe, er wird über dem Bundestag in großen Lettern angebracht.

**ARAS** Ich bin auch sehr froh über dieses Urteil. Interessant fand ich die Freude der regierenden Politikerinnen und Politiker, nach dem Motto: Danke, Bundesverfassungsgericht, dass du uns sagst, dass wir mehr machen sollen. Dabei hätte die Bundesregierung ja schon vorher viel mehr tun können – der Druck aus der Gesellschaft war dank Fridays for Future da.

**PRECHT** Ich hoffe auch, dass das Korrektiv der Gerichte ein Übergangsphänomen bleibt, denn langfristig kann es natürlich nicht sein, dass Gerichte alle großen Entscheidungen treffen und nicht die Parlamente.

Was erhoffen Sie sich von der Bundestagswahl?

PRECHT Wie optimistisch wir sein können, wird davon abhängen, nach welchen Ämtern die Grünen greifen. Ich war damals entsetzt, als sie in die Regierung kamen und das Amt des Außenministers besetzt haben.

Für Sie ist also schon klar, dass die Grünen in der Regierung sein werden?

PRECHT Ja, völlig klar. Aber als der kleinere Partner. Und Frau Baerbock hat offensichtlich Ambitionen, Außenministerin zu werden. Wer aber dieses Ministerium bekommt, kann sich bei den anderen erst einmal enthalten. Das wäre eine fatale Verschwendung. Wichtig sind das Landwirtschaftsministerium, das Verkehrs-, natürlich das Umwelt- und besonders das Finanzministerium. Daran werden wir erkennen, ob die Grünen es ernst meinen und die Ressorts besetzen, mit denen man tatsächlich die Nachhaltigkeitsrevolution vorantreiben kann – oder ob Karriereinteressen wichtiger sind. Davon hängt ab, wie wertvoll es ist, seine Stimme abzugeben.

ARAS Wir können uns doch jetzt nicht die Ministerien aussuchen. Keine Partei wird alleine regieren können. Es wird auf jeden Fall eine Koalition geben. Natürlich haben Sie sonst recht – wenn man den Klimawandel stoppen will, gibt es Ressorts, wo die Musik spielt.

PRECHT Wichtig ist aber, dass ich weiß, wen ich wähle: eine Außenministerin Annalena Baerbock oder eine Finanzministerin Annalena Baerbock. Das ist ein riesiger Unterschied.

ARAS Entscheidend ist, dass man über Wahlprogramme streitet. Ich sehe bei dieser Wahl sehr großes Potenzial für den Klimaschutz. Alle Parteien, die die klare gesellschaftspolitische Bereitschaft dazu ablehnen, werden hoffentlich die Quittung kriegen.

PRECHT Ich stimme Ihnen zu. Als die Grünen in den Neunzigerjahren in die Regierung kamen, war das Momentum nicht auf ihrer Seite. Willy Brandt sagte immer: Genosse Trend ist mit uns. Das gilt im Augenblick für die Grünen, zumal gerade die jüngeren Wähler für deren Kernthemen sind. Dass die Partei überhaupt in den Augen vieler ernst zu nehmen ist, verdankt sie Greenpeace. Brent Spar, die Rainbow-Warrior-Einsätze im Moruroa-Atoll – das hat Sympathien für die Umweltfrage geweckt. Heute hat Fridays for Future eine ähnliche Bedeutung. Wichtig ist, dass man diese jungen Leute nicht enttäuscht.

Viele von ihnen dürfen noch gar nicht wählen. Müsste man das ändern?

PRECHT Leuten unter 18 ein Stimmrecht zu geben, ist keine kluge Idee. Im Zweifel werden die meisten wählen, was ihre Eltern sagen.

ARAS Da widerspreche ich. Ich bin dafür, das Wahlalter auf 16 abzusenken. Junge Menschen erreicht man über die Schulen. Und es ist wissenschaftlich belegt, dass Menschen eher beim Wählen bleiben, wenn sie es früh zum ersten Mal machen. Also ist es auch für die Demokratie wichtig. Wir muten und trauen jungen Menschen so viel zu – warum nicht auch, sich mit Parteiprogrammen zu beschäftigen?

Vor allem bei der Frage nach Generationengerechtigkeit und Freiheit – darum geht es doch bei dieser Wahl?

PRECHT Ja, es geht um die Freiheit der künftigen Generationen. Wenn wir unseren Kindern ähnliche Lebenschancen einräumen wollen wie die, die wir gehabt haben, brauchen wir eine konsequente Klimapolitik. Sonst kommen wir aufgrund der ökologischen Krise in einen totalen gesellschaftlichen Ausnahmezustand.

ARAS Richtig, es geht nicht darum, vorzuschreiben, wie man leben soll, sondern darum, welche Lebensgrundlagen wir hinterlassen. Wenn wir das so erklären, versteht es auch jeder.

PRECHT Man darf keine Angst davor haben, dass zwanzig Prozent der Bevölkerung für falsch halten, was man macht. Natürlich kann man versuchen, Angebote zu machen, aber es wird immer Menschen geben, die man nicht erreicht. Gesellschaftlicher Fortschritt ist nicht von Mehrheiten abhängig, sondern davon, dass besonders engagierte Minderheiten in wichtigen Positionen nach und nach Gedanken weitertragen. Als Willy Brandt mehr Demokratie wagen wollte oder die Ostverträge abschließen – da hatte er keine breite gesellschaftliche Mehrheit hinter sich.

Man bekommt Klimaschutz mittlerweile in allen Facetten – sozialdemokratischen, linken, liberalen. Kann man das Thema einfach in verschiedenen Parteifarben anmalen?

ARAS In den Wahlprogrammen sieht man deutlich, dass fast alle Parteien zwar groß Klimaschutz draufschreiben, aber nicht überall ist Klimaschutz drin.

PRECHT Die Liberalen sagen, wie die AfD übrigens auch, man könne alles über Technik lösen. Dabei ist die zentrale Frage: Wie viel Einschränkungen, Verzicht oder Verbote mutet man den Bürgern zu? Keine Partei traut sich, davon zu sprechen. Und das, obwohl Verbote so eine Erfolgsgeschichte haben: Das FCKW-Verbot – war das Ende des Problems Ozonloch. Das Verbot, ohne Sicherheitsgurt Auto zu fahren – hat Hunderttausenden das Leben gerettet. Das Rauchverbot in Gaststätten – man kann sich das gar nicht mehr anders vorstellen. ●

Das Gespräch fand per Videokonferenz statt.

greenpeace magazin 5.21

Unterstützen Sie mit Ihrem Abo die Arbeit der Redaktion für den Umweltschutz

Ob gedruckt, digital, für Studierende oder zur Probe – wir bieten Ihnen das passende Abo und eine Auswahl an hochwertigen Prämien.

Jetzt bestellen und kostenlos liefern lassen:  
040 / 38 66 66 306 oder [greenpeace-magazin.de/abo](https://greenpeace-magazin.de/abo)

Print-Abo



jährlich 6 gedruckte Ausgaben  
Prämie als Geschenk

41,50 Euro

Digital-Abo



jährlich 6 digitale Ausgaben  
Prämie als Geschenk

35,50 Euro

Probe-Abo



halbjährlich  
3 gedruckte Ausgaben

21,00 Euro

Wählen Sie Ihre Wunschprämie



**Minen räumen**  
Mit Handicap International befreien wir sechs Quadratmeter Land von Minen



**Tu was Kids**  
77 Tipps für Nachwuchsweltretter, die zeigen, wie Nachhaltigkeit spielend gelingen kann



**Blumenfeld für Bienen**  
Lassen Sie zwanzig Quadratmeter Ackerland in eine blühende Landschaft verwandeln